

„Sachsens Zukunft – EINE SCHULE FÜR ALLE!“

Struktur- und Schulentwicklung gehören zusammen

„Der Anfang ist gemacht“ titelt die E&W 01/2006 und berichtete über den gemeinsamen Workshop der GEW mit verschiedenen Verbänden und Organisationen zum Ausloten und Diskutieren der Strategien zur Umsetzung der Idee EINE SCHULE FÜR ALLE.

Ein gelungener Auftakt, mit Blick über den eigenen Gartenzaun, auch wenn am Ende noch offen blieb, wie es mit dem gemeinsamen Aufruf weitergeht und wer konkret was in Angriff nimmt.

Kein Ausruhen ist angesagt, gleich wenn – wie die E&W 01/2006 den Beitrag von Sabine Gerold untertitelt hat – Sachsen zur „Pilgerstätte für Kultusbürokraten in Ost und West“ zu werden scheint. Als kritischer Begleiter der sächsischen und bundesweiten Bildungspolitik ist man schon etwas verwundert über die Verlagerung skandinavischer Maßstäbe nach Sachsen!

Dabei lag Sachsen auch beim letzten PISA-Test nur knapp über dem OECD-Durchschnitt und noch weit entfernt von den Spitzenländern Finnland, Korea, Kanada. Ganz zu schweigen vom gesamtdeutschen Problem des engen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzniveau der 15-Jährigen. Neben den bekannten PISA-Ergebnissen gibt es aber auch einige Felder, die den dringenden Handlungsbedarf für sächsische Bildungsreformen zeigen: Knapp 26 Prozent der Schulabgänger 2004/05 erreichten die allgemeine Hochschulreife im Vergleich zu durchschnittlich 56 Prozent in den OECD-Ländern. Mehr als 9 Prozent (ca. 12 Prozent bei den Jungen!) verließen die Schule ohne Schulabschluss und 13 Prozent (Jungen ca. 16 Prozent) lediglich mit dem Hauptschulabschluss, d. h. etwa jeder vierte bzw. fünfte Jugendliche hat nur geringe Chancen, eine qualifizierte Berufsausbildung und einen existenzsichernden Job zu erlangen. Diese erschreckende Zahl entspricht auch etwa der Gruppe der sog. Risikoschüler, die bei PISA in den Grundkompetenzen nur das niedrigste Niveau erreichen und deren Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe von den Wis-

senschaftlern als risikoreich eingeschätzt werden. Gerade diese Jugendlichen sind es meist, die eine deutlich verzögerte und frustrierende Bildungslaufbahn hatten, durch Rückstellung beim Schuleintritt, Sitzen bleiben und Rücküberweisung an andere Schulformen.

In dem Kontext zwingt ein weiterer Fakt zum Handeln: Selbst bei gleichem Leistungsniveau hat ein sächsisches Akademikerkind aus einer höheren Sozialschicht fast dreimal bessere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, als das Facharbeiterkind aus der schwächeren (nicht der untersten!) Sozialschicht. Fast 50 Prozent der Mittelschüler erreichen lt. PISA-E 2003 das gleiche Leistungsniveau wie Gymnasiasten, ihnen ist aber der direkte Weg zur höheren Bildung früh versperrt worden. Daran ändern die beruflichen Gymnasien ebenso wenig wie der Verweis auf die formelle Durchlässigkeit des Bildungssystems. Es muss an dieser Stelle nicht vertieft erläutert werden, welche Bedeutung der Schulabschluss in Deutschland für den Zugang zu Hochschulen, Berufsausbildung und Beruf hat.

Baumert und Köller beschreiben in ihrer vertieften Analyse der PISA-Studien sehr treffend das Dilemma:

„Trotz gleicher Noten und kognitiver Grundfähigkeit hatten sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschule im Sinne sekundärer Ungleichheiten geringere Chancen anschließend ein Gymnasium zu besuchen. Sofern sie jedoch die Gelegenheit zum Gymnasialbesuch erhalten, verlaufen ihre Wissenserwerbsprozesse genauso erfolgreich wie die sozial privilegiierter Schülerinnen und Schüler ...“ (1)

Die von ihnen daraufhin als zentrales Instrument vorgeschlagene „konstruktive Schullaufbahnberatung“ kann man nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen.

Ist EINE (Gemeinschafts-)SCHULE FÜR ALLE die Lösung?

Eine isolierte Schulstrukturveränderung ohne gleichzeitige Veränderung der Schulkultur, der Lehr- und Lernkultur wird kaum die aufgezeigten Leistungs- und sozialen Probleme lösen. Ebenso wird eine Strukturveränderung die „von oben“ verordnet würde, keine Akzeptanz bei den wichtigsten Akteuren – Lehrer/innen, Eltern und Schülern/innen – finden und kaum zu pädagogisch wirksamen Veränderungen führen.

Dass die CDU-SPD-Koalition in Sachsen die Gemeinschaftsschule als mögliche Entwicklungsoption aufgenommen hat, ist auch ein Ergebnis wachsender politischer Erkenntnis, nach einer jahrelangen absoluten Tabuisierung der Schulstrukturfrage. Dazu hat die GEW keinen unwesentlichen Beitrag geleistet.

EINE SCHULE FÜR ALLE geht weiter als die Gemeinschaftsschule, doch beides gibt es heute in der Praxis (noch) nicht. Es lohnt sich daher wenig, um die Begriffe zu streiten, zumal die Gegner des inklusiven Grundansatzes ohnehin in ihrer Polemik keinen Unterschied machen zwischen Gesamtschule–Einheitsschule–Gemeinschaftsschule–EINE SCHULE FÜR ALLE und oft sogar noch die Ganztagschule in diesen Topf werfen.

Längeres gemeinsames Lernen aller Kinder ohne frühe Schullaufbahnentscheidung soll allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft oder Leistungsfähigkeit beste Bildungschancen ohne demotivierende und hemmende Auslesebarrieren eröffnen.

Mit dem GEW-Workshop wurde ein Anstoß gegeben, über machbare Wege und inhaltliche Konzepte dieser Schulentwicklung zu diskutieren.

Ohne Frage müssen dazu die materiellen und administrativen Rahmenbedingungen geklärt werden. Wer Innovationen mit Flächen- und Langzeitwirkung befördern und nicht nur Alibi-Leuchttürme errichten will, der muss Menschen zum Handeln motivieren und notwendige Ressourcen bereitstellen.

Die aktuelle Situation in Sachsen ist kompliziert für ein solches Vorhaben, aber auch nicht aussichtslos: Kompliziert, weil Schulschließungen Unruhe in die Schullandschaft, lange Wege und viele Veränderungen für Schüler und Lehrer bringen. Hinzu kommen die mittlerweile alle Schularten erfassende tariflich geregelte

Reduzierung der Arbeitszeit und Einkommen bei nicht erkennbarer Reduzierung der pädagogischen Arbeit bzw. sogar neuen Anforderungen wie der Ganztagschule. Andererseits führen drohende Schulschließungen zur pädagogischen Kreativität und zur Zusammenarbeit von Eltern, Schulträgern und Lehrkräften verschiedener Schulen. Die Umsetzung des novellierten Schulgesetzes und der neuen Lehrpläne verlangen neue pädagogische Konzepte und eine verbesserte Zusammenarbeit in den Schulen, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelingende Schulentwicklung. Die rückgängigen Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren auch in den Mittelschulen und Gymnasien Ressourcen freisetzen, die in die Schulentwicklung investiert werden sollten.

Die GEW hat sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene bereits in den vergangenen Jahren mit den Schul- und Bildungspolitischen Konzepten Vorstellungen des längeren gemeinsamen Ler-

ckelt werden. Dabei sind die Formen der Zusammenarbeit verschiedener Schulen offen: Grundschule mit Mittelschule und/oder Gymnasium, mit oder (zunächst) ohne Einbeziehung der Förderschulen. Das Leitkonzept sollte Maßnahmen und Schritte für eine veränderte Lehr- und Lernkultur enthalten, die auf folgenden Elementen aufbaut:

- Individuelles Lernen ermöglichen durch individuelle Förderung und differenzierte Lehr-Lernformen; selbstverantwortetes, erfahrungsorientiertes und selbsttätiges Lernen ermöglichen;
- Öffnen der Schule zur Gesellschaft, und Gestaltung der Schule als demokratische Gemeinschaft in relativ kleinen Einheiten (Teamgruppen);
- Schule selbst zur lernenden Organisation machen durch systematische Schulentwicklung, verbunden mit Evaluierung und Fortbildung – Entwicklung „von innen“ und „von unten“;

einer Vielzahl von Detailvorschriften und administrativer Kontrolle.

Holtappels (2) hat an Hand der Analyse erfolgreicher Entwicklungsprozesse Gelingensbedingungen formuliert, die ich hier nur kurz anreißen kann:

- Grundlegende Innovationsbereitschaft des Lehrerkollegiums,
- Effektives Schulleitungshandeln und schulinternes Management der Arbeitsorganisation (Steuergruppe, Qualitätszirkel),
- Teambildung und Lehrerkooperation,
- Sockelniveau in der Lern- und Erziehungskultur,
- Schulweite Akzeptanz für geplante Innovation, verbunden mit Visionen und Leitbild,
- Partizipation im Entwicklungsprozess,
- Präsenz und Nutzung von Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen.



Eva-Maria Stange *

Längeres gemeinsames Lernen ist mehr als die Klärung einer Strukturfrage. Erst die Gemeinsamkeit von struktureller Änderung und pädagogischer Schulentwicklung, einschließlich veränderter Lehrerbildung führt zur Lösung der Eingangs beschriebenen Probleme.

Literatur

(1) J. Baumert; O. Köller: *Soziale Hintergründe, Bildungsbeteiligung und Bildungsverläufe im differenzierten Sekundarschulsystem.*

In: V. Fredering; H. Heller; A. Scheunpflug (Hrsg.): *Nach PISA. Konsequenzen für Schule und Lehrerbildung nach zwei Studien.* Wiesbaden: VS Verlag 2005, S. 19 ff

(2) H. G. Holtappels; K. Höhmann (Hrsg.): *Schulentwicklung und Schulwirksamkeit.* Weinheim, München: Juventa 2005, S. 27 ff.

* Die frühere GEW-Bundesvorsitzende Dr. Eva-Maria Stange ist seit August 2005 wieder in Sachsen tätig und arbeitet am Zentrum für Lehrerbildung, Schul- und Berufsbildungsforschung der TU Dresden.

nens in einem grundlegend veränderten Bildungssystem beschlossen.

„Fördern statt Auslesen – kein Kind zurücklassen!“ ist das Leitmotiv dieses Reformkonzeptes.

Die EINE (Gemeinschafts-)SCHULE FÜR ALLE ist kein fertiges Schulkonzept! Viele Wege dahin sind möglich und müssen vor Ort mit allen Betroffenen (Eltern, Lehrkräfte, Schüler, Schulträger und Träger der Jugendhilfe etc.) im Rahmen eines gemeinsamen Leitkonzepts entwi-

- „Ganzraumschulen“ gestalten als Lern- und Lebensraum, in dem Förder- und Freizeitangebote nicht nur, aber besonders zur Reduzierung herkunftsbedingter Benachteiligung dienen können, in dem die Rhythmisierung des Alltags neue Lehr- und Lernformen erst ermöglicht.

Schulen und Kollegien, die sich dieser Herausforderung stellen, werden gleichzeitig zu stärker eigenverantworteten Schulen, die Entwicklungs- und Fortbildungsunterstützung benötigen statt